

---

FDP Rosbach

## VERANTWORTUNGSLOS UND GESCHICHTSVERGESSEN

31.08.2025

---

### FDP kritisiert Umgang mit "Altem Rathaus"

Die Geschichte des „Alten Rathauses“ in Ober-Rosbach ist lang, in den vergangenen Jahren aber vor allem eine des Niedergangs. Der Denkmalschutz verpflichtet die Eigentümer, also die Stadt Rosbach, zum Erhalt. Gleichwohl wurde eine Sanierung über viele Jahre verschleppt. Mittlerweile ist gar die Standsicherheit gefährdet. Nach Schätzungen würde eine Sanierung Millionen kosten. Vor allem aber fehlte der Stadt bislang jegliche Idee, was ein sinnvolles Nutzungskonzept wäre. Zuletzt wurde eine gastronomische Entwicklung ins Spiel gebracht.

Die FDP hatte sich mit vielen Vorschlägen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht durchsetzen können. Zur Erinnerung: Die FDP spricht sich für die Belebung der alten Dorfkerne aus. Sie spricht sich für eine bürgerfreundliche Stadt aus, die das Engagement der vielen Bürgerinnen und Bürger unterstützt. Und sie spricht sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern - aber eben auch mit dem öffentlichen Eigentum aus.

Wir meinen nach wie vor: Wenn wir wissen, dass es Überlegungen zu Rathuserweiterungen gibt, wenn wir wissen, dass die Stadt bereits jetzt Zusatzflächen für die Verwaltung anmietet, wenn wir wissen, dass Vereine und Initiativen auf der Suche nach Räumlichkeiten sind, um Angebote für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, dann gäbe es mit ein wenig Kreativität sicherlich bessere Möglichkeiten als zu versuchen, dieses bedeutende Gebäude nun zu verramschen. Eine solche Möglichkeit hätte aus unserer Sicht beispielsweise im Verkauf und der Rückmiete durch die Stadt bestehen können. Eine klassische Win-Win-Situation bei dem Versuch des Einbeziehens privaten Kapitals statt Steuergeldern hätte hier geschaffen werden können. Trotz Aufforderung

unternimmt der Bürgermeister leider nichts in diese Richtung.

Der Treppenwitz wäre, wenn die Stadt das Gebäude nun an einen Privaten verkauft, der es weiter verfallen lässt, weil er oder sie auf eine Abrissgenehmigung spekuliert. Hier müsste nämlich „nur“ die Unwirtschaftlichkeit einer Sanierung nachgewiesen werden. Das einzige, was die Stadt dagegen tun könnte, wäre die Enteignung. Dann stünden wir allerdings wieder da, wo wir jetzt stehen. Es wäre nicht übertrieben, zu unterstellen, dass ein Abriss mit dieser Vorgehensweise sehenden Auges in Kauf genommen wird, für den man dann freilich den schwarzen Peter weiterreichen kann, wenn ein privater Investor an Bord ist.

Unseres Erachtens ist dieses Handeln vor allem eines: verantwortungslos und geschichtsvergessen.